
Kolja Wagner
Kein Verrat: Die Zustimmung der SPD zum 1. Weltkrieg
Willy Huhn über die Staatsanbetung der deutschen Sozialdemokratie
www. kalaschnikow.net, April 2004

„Wer hat uns verraten: Sozialdemokraten!“ brüllen linke Demonstranten gerne, wenn sie meinen, die SPD hätte wieder ein Mal nicht auf dem Boden ihrer Ideale gehandelt. Die Legende des Verrats geht auf die KPD in der Weimarer Republik und die SED-Geschichtsschreibung zurück: Im August 1914 hätte die SPD mit der Zustimmung zu den Krediten zur Finanzierung des Krieges die Arbeiterklasse und den Marxismus verraten. Als Lenin 1914 von der Zustimmung hört, hielt er es für eine Propagandalüge der deutschen Obersten Heeresleitung. Wie konnte die Partei August Bebels, der angeblich marxistisch Stoßtrupp der internationalen Arbeiterbewegung, nur Seite an Seite mit den deutschen Junkern und Kapitalisten in den Krieg ziehen? Die kürzlich erschienene Essay-sammlung des Linkskommunisten Willy Huhn (1909-1970) „Der Etatismus der Sozialdemokratie – Zur Vorge-schichte des Nazifaschismus“ versucht eine Antwort auf diese Frage zugeben.

Lassalle statt Marx

Huhn räumte in seinem schon 1953 geschriebenen, knackigen Essay über „Etatismus, ‚Kriegssozialismus‘ und ‚Nationalsozialismus‘“ mit der Verrats-Legende auf. Der Autor meint, die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten sei kein Verrat, sondern im Gegenteil die konsequente Schlussfolgerung ihres politischen Denkens gewesen. „Die Sozialdemokratie hat also nie den Marxismus verraten, da sie ihn als Gesamtbewegung nie besaß“ (S. 110). Nach Huhn ist nicht Marx, sondern Ferdinand Lassalle der ideologische Urvater der deutschen Sozialdemokratie. Wie Hegel war Lassalle der Ansicht, daß der Zweck des Staates die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit sei. Seinen „Sozialismus“ wollte er durch Kredite des preußischen Junkerstaates aufbauen und sah „in der Krone den natürlichen Träger der sozialen Diktatur, im Gegensatz zum Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft“ (S. 35). Die lassalleanischen Traditionen wurden laut Huhn auch nach Lassalles Tod und dem Aufkommen des Marxismus nicht überwunden (S. 37). Diskussionen über den Unterschied zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung der Produktionsmittel gingen an den einfachen Parteimitglieder ohnehin vorbei und auch viele Funktionäre näherten sich an den Staat nach dem Beginn der Sozialpolitik des „Arbeiterkaisers“ Wilhelm II. immer mehr an. Die Debatte um den „Zukunftsstaat“ von 1893 zeigte, wie stark der geistige Einfluss von Lassalle in der SPD war. Statt an das Abstreben des Staates im Kommunismus zu glauben, träumten auch die Linken in der SPD von einem Zukunftsstaat.

Kriegswirtschaft als Schritt zum Sozialismus

Selbst für den angeblich marxistischen SPD-Führer Bebel waren die Kontrolle und Übernahme der Wirtschaft durch den kaiserlichen Staat Schritte in Richtung Sozialismus, meint Huhn. Auch diese Haltung führte die SPD mit der deutschen Kriegsmaschinerie im 1. Weltkrieg zusammen. Die Zentralisierung der Produktion durch den Staat und Armee, Eingriff in Eigentumsrechte für Kriegszwecke, Preiskontrollen oder Zwangsorganisation der Arbeitskräfte unter Einbeziehung der Gewerkschaften wurden von vielen Sozialdemokraten und Gewerkschaftern als erste Schritte zum Sozialismus gesehen. Der spätere Chef-Ökonom der Kommunistischen Internationalen (Kommintern) Eugen Varga feierte Anfang 1915 in einem Artikel die wachsende Bedeutung des Staates in der Wirtschaft: Die Kriegswirtschaft würde sogar viele sozialistische Züge aufweisen und die sozialpolitische Tätigkeit erhöhen (S. 57). Die Gewerkschaften stellten laut Huhn eine Massenbasis für den Krieg. Andere Sozialdemokraten sahen den historischen Beruf der Arbeiterklasse in der Reorganisation der Armee (S. 69). Schließlich könnte die Disziplin, die der deutsche Arbeiter in Partei und Gewerkschaft erlernt habe, nun der Armee zu Gute kommen. Der Sozialismus wurde zum Retter der deutschen Nation erklärt.

Im 1. Weltkrieg entstand laut Huhn die Idee eines deutschen Nationalsozialismus. Nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Armee- und Wirtschaftsvertreter wie von Seeckt und Rathenau sahen in der staatlichen Kontrolle und teilweisen Übernahme der Wirtschaft eine nationale Notwendigkeit. Huhn meint zusammenfassend, daß diese Vereinigung von Staat und Sozialdemokratie weniger ein Sieg Jaures, der bürgerlich-reformistischen Linie der französischen Sozialisten, über Bebel, die angeblich revolutionäre Linie der deutschen Sozialdemokratie, gewesen sei, sondern der Sieg Lassalles über Marx und Engels (S. 76).

Marx sah im Staat im Unterschied zu Hegel und Lassalle keine sittliche Erscheinung, sondern er sollte durch die proletarische Revolution zum Absterben gebracht und durch die Selbstorganisation der Gesellschaft, die Kommune, ersetzt werden. Den „Staatssozialismus“ Bismarcks kritisierten Marx und Engels konsequent und unterschützen auch eine demokratische Revolution des Bürgertums gegen das Kaiserreich.

Bernstein als „Nationalsozialist“

Huhns Aufsätze sind auch heute noch lesenswert und es ist ein Verdienst des ca ira-Verlages sie wieder aufgelegt zu haben. Weil Huhn aber Polemiken und keine wissenschaftlichen Aufsätze schrieb und als Linkskommunist

sich zu sehr an die Staatsfrage heftete, ist seine Argumentation teilweise einseitig und vereinfachend. Während August Bebel, der für das deutsche Vaterland auf seine alten Tage noch eine Flinte auf die Schulter nehmen wollte, relativ gut wegkommt, sieht Huhn in Bernstein ein Paradebeispiel für Verbindung von Sozialismus (Estatismus) und Nationalismus, zu einem sozialdemokratischen Nationalsozialismus. Eduard Bernstein, dessen „Revisionismus“ in der SED-Geschichtsschreibung als eine Ursache für den „Verrat“ von 1914 gesehen wurde, nahm in der Staatsfrage eine ganz andere Position ein als die SPD-Führung. Im Gegensatz zu Bebel oder sozialdemokratischen Monarchisten wie Friedrich Ebert, trat Bernstein konsequent für die bürgerliche Demokratie und die Entmachtung der preußischen Junker ein. In der Frage, ob man für die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Preußen den Massenstreik einsetzen sollte, stand sein Flügel auf der Seite der Befürworter. Bernstein forderte außerdem, die Armee unter die Kontrolle des Parlamentes zu stellen. Da die SPD-Führung den Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und dem aristokratischen, preußischen Staat weitgehend ignorierte, war es für sie so leicht, an der Seite der Junker 1914 in den Krieg zu ziehen. Der Flügel um Bernstein unterstützte zu Beginn den Krieg, weil er glaubte, die Einbeziehung der Massen in Krieg und Politik müsse langfristig das allgemeine Wahlrecht mit sich bringen.

Deutlich wird, daß Willy Huhn eine wichtige Frage bezüglich des Staates entgangen ist: Um was für eine Gesellschaft handelte es sich beim deutschen Kaiserreich- eine entwickelte bürgerliche Gesellschaft und um eine Übergangsgesellschaft vom Feudalismus zum Kapitalismus, deren Staat und Armee noch weitgehend von halbfeudalen Junkern kontrolliert wurden? Warum trat die Sozialdemokratie noch nicht mal für die Republik ein?

Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus als Kriegswirtschaften

Diese Oberflächlichkeit in der Staatsfrage zieht sich auch durch die anderen Aufsätze von Huhn. Der Autor sieht nicht nur in den „Nationalsozialismus“ der Sozialdemokratie von 1914 bis 1919, sondern auch im Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus Hitlers militarisierte Kriegswirtschaften im Zeitalter des Kampfes der Nationalstaaten (S. 128). Richtig ist sicher, daß alle drei Bewegungen in Folge der gesellschaftlichen Umwälzungen, die der 1. Weltkrieg hervorgerufen hat, entstanden sind. Lenin und Trotzki waren von der deutschen Kriegswirtschaft schwer beeindruckt und der russische Kriegskommunismus war davon nicht unbeeinflusst. In rückständigen Ländern wie Russland und Italien mussten durch Bolschewismus und Faschismus erst neue autoritäre Staaten errichtet werden, um die nationalen und materiellen Ressourcen dieser Länder zu entfesseln (S. 140).

Oberflächlich betrachtet, ist das sicher richtig, nur handelte es sich bei Faschismus und Bolschewismus um Bewegungen, die sich auf völlig andere soziale Kräfte stützten und andere Ziele vertraten. Der Bolschewismus stützte sich auf die Industriearbeiterschaft und kriegsmüde Soldaten bäuerlicher Herkunft, während der Faschismus mit Hilfe des Kleinbürgertums und Soldatenverbände an die Macht kam.

Warum unterstützten die Arbeiter den Krieg?

Auch der ca ira-Verlag, der sich sonst auf Kritik des Antisemitismus und Wertanalyse spezialisiert hat, fugt den Aufsätzen Huhns noch zwei kritische Abhandlungen hinzu. Linkskommunisten wie Huhn hätten aus der Judenvernichtung im 2. Weltkrieg keine Schlussfolgerungen gezogen und genau so an die Illusion von der revolutionären Arbeiterklasse wie die leninistischen Parteikommunisten geglaubt. Die Leninisten wollten den Arbeitern das revolutionäre Bewußtsein von außen durch die Partei und später durch den Staat bringen, die Linkskommunisten meinten hingegen, daß dieses Bewußtsein spontan durch die Praxis des Klassenkampfes und der Rätedemokratie entstehen könnte (S. 198).

Auch wenn man die antideutsche und prozionistische Ideologie des ca ira-Verlages ablehnt, so ist an der Kritik einiges schlüssig: Huhn erklärt, daß die sozialdemokratische Führung keinen Verrat begehen musste, um mit den Herrschenden 1914 in den Weltkrieg zuziehen. Warum allerdings die Mehrzahl der Arbeiter diese Politik unterstützten und selbst im 2. Weltkrieg den Nationalsozialismus bis zur letzten Kugel verteidigten, diese Frage stellt sich Willy Huhn noch nicht mal. So bleibt seine Kritik an der deutschen Arbeiterbewegung unvollständig.

Willy Huhn
Der Estatismus der Sozialdemokratie
Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus
ca ira-Verlag, Freiburg 2003, 18 €